

Bericht der Sachkommission Bildung und Familie (SBF) zum Politikplan des Gemeinderats 2016 bis 2019

Bericht an den Einwohnerrat

Aus der Kommissionsberatung

Die Kommission hat sich in einer Sitzung ausgiebig mit einzelnen Aspekten im Politikplan 2016 bis 2019 auseinander gesetzt. Als Auskunftspersonen standen ihr dabei Rolf Kunz (Abteilungsleitung ad interim), Stefanie Koehler und Stefan Camenisch von der Leitung Gemeindeschulen zur Verfügung.

Einzelne Mitglieder des Einwohnerrats waren offenbar etwas enttäuscht über die knapp gehaltenen Ausführungen im Politikplan zu den Themen Bildung und Familie. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Einerseits sind im Bereich Bildung nach den unzähligen Reformen der letzten Jahre tatsächlich keine Neuerungen geplant, sondern es geht aktuell darum, Bestehendes vollumfänglich zu implementieren und bei Bedarf zu optimieren, entweder direkt in den Schulhäusern oder durch die Gemeindeschulleitung. Andererseits war die Abteilung im vergangenen Jahr während mehreren Monaten von wichtigen Absenzen betroffen, weshalb auch in den anderen Bereichen keine Ressourcen vorhanden waren für die Ausarbeitung von neuen Projekten und Ideen. Erfreulicherweise war es unterdessen möglich, sämtliche Stellen wieder zu besetzen.

Weiterführende Informationen von allgemeinem Interesse

Die Mitglieder der Kommission haben regen Gebrauch gemacht von der Möglichkeit, Fragen einzureichen und weiterführende Informationen zu erhalten aus der Verwaltung. Im Folgenden sollen diejenigen Informationen, welche im Hinblick auf die FILA2-Beratung bzw. die Ausarbeitung des LA 2017ff der SBF von allgemeinem Interesse sein dürften, festgehalten werden.

Schulraumreserve

Aufgrund der bestehenden Kinderzahlen und unter Annahme einer ungefähr gleichbleibenden Zuwanderung lässt sich festhalten, dass die Schulräume (KiGa und Primar) bis mindestens 2020 ausreichen. Die Bildung einzelner zusätzlicher Klassen auf Primarstufe wäre in den bestehenden Räumlichkeiten möglich, hingegen bietet kein Primarschulhaus Platz für einen kompletten zusätzlichen Klassenzug. Auf Stufe KiGa besteht keinerlei Reserve. Zudem entsprechen nicht alle Kindergärten den kantonalen Anforderungen an Innen- und Außenraum. Vor allem bei den gemeindeeigenen Liegenschaften sucht man deshalb nach Op-



Seite 2 timierungsmöglichkeiten. So wird im Sommer 2016 beispielsweise der Dachstock im KiGa Schmiedgasse zu einem weiteren Gruppenraum ausgebaut.

Kostenstruktur der Primarschule

Die Gesamtkosten der Primarschule belaufen sich auf rund TCHF 28'740. Davon sind ca. TCHF 19'700 Personalkosten, welche direkt bei den Schulen anfallen oder diesen belastet werden. Die Kosten für die Schulhäuser belaufen sich auf ca. TCHF 6'700 (Miete 5'115, NK 1'570, Energie 150 TCHF). Bisher stellt der Kanton für die Schulhäuser keine Vollkosten in Rechnung, weder intern noch gegenüber den Landgemeinden. Aktuell laufen aber Neuberechnungen unter Zugrundelegung der Vollkosten, mit einer Erhöhung der Mieten ist deshalb zu rechnen. Die restlichen rund TCHF 2'300 umfassen diverse Ausgaben (Lehrmittel, Lager, Theaterbesuche) sowie Kosten für die Schulung von Kindern mit besonderem Bedarf, welche in Riehen nicht geschult werden können.

Tagesstruktur

Der laufende LA sieht im Bereich Tagesstrukturen einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze für 20 bzw. 25% der Schulkinder vor. Dieses Ziel wird demnächst erreicht und im Hinblick auf den LA 2017ff muss geklärt werden, wie die Gemeinde reagieren soll, falls der Bedarf weiter steigt.

Familie und Integration

Das neue KJH-Gesetz sieht die Zuständigkeit der Gemeinde vor für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Im Bereich der Beratung verfügt die fabe über grosse Erfahrung, auch mit Riehener Familien. Diese Zusammenarbeit soll auf jeden Fall weitergeführt werden. Fürs Jahr 2016 ist vorgesehen, dass die Gemeinde dem Kanton eine Entschädigung zahlt für die rund 7,1 % der Beratungen, welche für Riehener gemacht werden. Ab 2017 wird eine eigene Leistungsvereinbarung abgeschlossen zwischen Riehen und der fabe, diese könnte nebst der Beratungstätigkeit auch eine weitergehende Zusammenarbeit, beispielsweise bei Angeboten der Elternbildung, umfassen.

Die neu bei der Gemeinde anfallenden Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe werden in den FILA2-Verhandlungen berücksichtigt.

Riehen, 30. November 2015

Sachkommission SBF

Dr. Claudia Schultheiss, Präsidentin